PREIS 5 KOP. ЦЕНА 5 коп.

DEUTSCHER STAATS-VERLAG

10 ЛЕТ АВТОНОМИИ НЕМЦЕВ ПОВОЛЖЬЯ

НАШИ КРЕСТЬЯНСКИЕ КОМИТЕТЫ ВЗАИМОПОМОЩИ

Издательство „НЕМГОСИЗДАТ“ Покровск, 1928

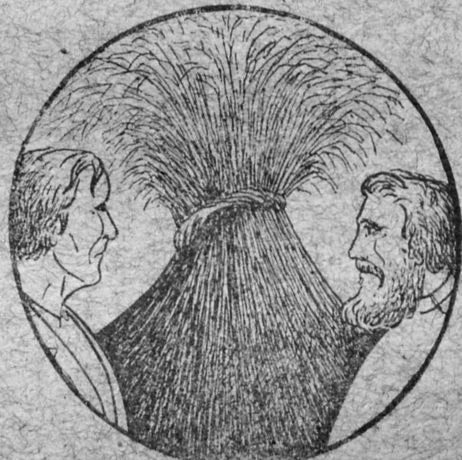
12997

ZEHN JAHRE
WOLGADEUTSCHE AUTONOMIE

JOH. SCHMIDT

UNSERE PARTEI-ORGANISATION

1918



1928

8

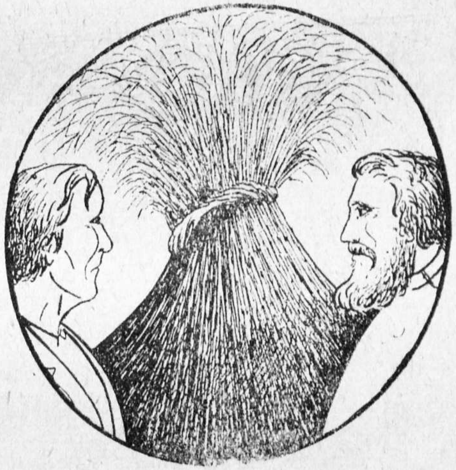
DEUTSCHER STAATSVERLAG „NEMGOSISDAT“
POKROWSK 1928

ZEHN JAHRE
WOLGADEUTSCHE AUTONOMIE

JOH. SCHMIDT

UNSERE PARTEI-ORGANISATION

1918



1928

8

DEUTSCHER STAATSVERLAG „NEMGOSISDAT"
POKROWSK 1928

Druckerei des Z. V. W. K.
der Aut. Soz. Räte-Republik
der Wolgadeutschen.
Bestellung Nr. 2750.
Auflage 3000.
Hauptlitverwaltung Nr. 792.

Ng 1929. 1207

Vorwort

Vorliegendes Büchlein stellt den ersten Versuch dar, eine Geschichte der Wolgadeutschen Parteiorganisation zu schaffen, und leidet auch naturgemäß an allen Fehlern und Mängeln, die solchen Arbeiten eigen sind.

Als Quellen dienten dem Verfasser eigene Erinnerungen, kleinere Arbeiten, die aus verschiedenen Anlässen in den deutschen Zeitschriften des Rätebundes erschienen sind, und selbstverständlich die Materialien des Parteiarchivs. Da aber manche Ereignisse ungenügend beleuchtet und über andere Episoden keine Aufzeichnungen vorhanden sind, so mußte man auch das Gedächtnis der beteiligten Genossen in Anspruch nehmen. Auch war die Zeit des Verfassers und der Umfang des Büchleins knapp bemessen. Aus allen diesen Ursachen mußte es lückenhaft ausfallen. Manchem wird es auch zu allgemein und schematisch erscheinen.

Niemand wird die Fehler und Mängel des Büchleins lebhafter empfinden als der Verfasser selbst. Dennoch entschließt er sich, das Büchlein dem Urteil der Oeffentlichkeit zu übergeben, da wir auf diesem Gebiet noch nichts besitzen. Er nimmt an, daß das Büchlein bei all seinen Unzulänglichkeiten als erste Handhabe für unsere Parteischulen und für die jüngeren Genossen, die wenig mit der Geschichte ihrer Parteiorganisation bekannt sind, Verwendung finden kann. Auch kann es als Grundlage für weitere Forschungen auf diesem Gebiet dienen.

In der Hoffnung auf nachsichtige Aufnahme wendet sich der Verfasser an alle Genossen mit der Bitte, ihm ihre Bemerkungen über die Mängel und Lücken zuzusenden.

Der Verfasser.

Pokrowsk
September 1928.

Verhältnisse vor der Revolution

Es dauerte ein gutes Jahrzehnt und länger, bis sich die deutschen Ansiedler an der Wolga mit Klima und landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraut gemacht hatten. Nach diesem brachten sie es denn auch zu gewissem Wohlstand. Schon in den 90-er Jahren des 18. Jahrhunderts, kurz nach den schweren Mißernten und den verheerenden Kirgisenüberfällen, finden wir bedeutende Viehbestände und Aussaatflächen, die nicht nur den eigenen Bedarf deckten, sondern auch den Absatz großer Mengen Getreide auf dem Markt gewährten. Es bildeten sich örtliche Handelszentren, wie Katharinenstadt, Seelmann, Balzer usw., die sogar auch von auswärtigen Kaufleuten besucht wurden. In Katharinenstadt gab es schon im Jahre 1791 etwa 40 Handelsläden, die die umliegenden Dörfer mit den nötigen Waren versorgten.

Gleichzeitig mit der Hebung des Wohlstandes beginnen auch die Klagen über Landenge und Landmangel. Nach langen Bitten und Regierungsuntersuchungen erhielten die Gemeinden der Wiesenseite in der Kirgisensteppe Landzuschnitte zu ihren Tutelgrenzen, während die Bergseiter Kolonisten mehr zum Handwerk greifen mußten. So entstand auf der Wiesenseite die Weitländerei, da man sich fürchtete, in die wasserlosen und von den Kirkisen beunruhigten Steppen auszusiedeln. Manche Gemeinden besitzen ihr Land auch heute noch bis 40—50, ja sogar bis 70—80 Kilometer vom Dorfe entfernt. Dieser Umstand beeinträchtigt bis heute noch die gesamte Wirtschaftsführung der Bauern. Auf der Bergseite hingegen erblühte die Sarpinkaweberei.

Diese Maßnahmen konnten natürlich den Landmangel auf die Dauer nicht eindämmen. Er wurde, besonders auf der Bergseite, immer fühlbarer. Die Bevölkerung vermehrte sich so stark,

daß man bald zu Aussiedlungen aus den Mutterkolonien schreiten mußte. Nachdem die Landvorräte der Bergseite erschöpft waren, schritt man auch zur Gründung von neuen Kolonien auf der Wiesenseite. Auf kurze Zeit gewährten sie Abhilfe. Aber bald stellte die Regierung die Landanweisung zur Gründung neuer Dörfer ein, und es sammelten sich wieder große Mengen überflüssiger Landbevölkerung in den Dörfern an. Bei dem schnellen Wachstum der Bevölkerung und der Beibehaltung der alten Wirtschaftsweise wurde der Landmangel immer fühlbarer. Man suchte Auswege. Diejenigen, die den Weg nach Amerika bezahlen konnten, wandten ihre Blicke der neuen Welt zu in der Hoffnung, dort hochzukommen und später wieder in die Heimat zurückkehren zu können. Andere wieder gingen an den Kaukasus, nach Sibirien usw. Viele setzten sich auch in den umliegenden Städten fest. In Saratow, Samara, Kamyschin, Stalingrad, Astrachan, ja sogar in Baku und im Donezbecken gibt es kompakte Massen wolgadeutscher Arbeiter.

Wenn sich auf der einen Seite immer mehr arme Bauern und Halbproletarier ansammelten, die das selbständige Wirtschaften aufgeben und Lohnarbeit suchen mußten, so sammelte man auf der andern Seite auch große Kapitalien an. Diese Kapitalien wurden meistenteils wieder in der Landwirtschaft und teilweise im Handel angelegt. Man kaufte und pachtete große Landgüter, die auf kapitalistische Art bewirtschaftet wurden. Und in allen umliegenden Städten gab es große deutsche Handelshäuser.

In der Industrie wurden die Kapitalien nur selten angelegt. Wenn man sich schon dazu entschloß, so richtete man die Unternehmungen ebenfalls in den umliegenden Städten ein, da die Verhältnisse hier viel günstiger waren. Von der Maschinenfabrik (Gußsawod) Schäfers in Katharinenstadt abgesehen, gab es beinahe kein einziges großes Unternehmen in den Kolonien selbst. Auf der Bergseite nützte das Kaufmannskapital die Sarpinkaweberei aus. Man versorgte die Weber mit Rohstoffen und kaufte ihnen die Gewebe ab. Dabei blieb die Weberei bis zum imperialistischen Krieg Heimindustrie, denn der Weber mußte sich selbst Arbeitsraum und Arbeitsgeräte stellen. Und außerdem hatte der Unternehmer die Möglichkeit, nicht nur die Proletarier und armen Bauern, sondern alle Bauern auszubeuten und dadurch die Arbeitslöhne zu drücken. Das schien den Kapitalisten vorteilhafter, als eigne Fabriken einzurichten.

Die Entwicklung blieb also bei dem Abzug der Proletarier und des Kapitals in die umliegenden Städte ein reine bäuerliche. Die in die Städte ausgewanderten Arbeiter unterhielten enge Verbindungen mit der alten Heimat. Sie besaßen da ihren Landanteil, den sie verpachteten oder in die Gemeinde zur Versteigerung abgaben. Alljährlich kamen sie einmal ins Dorf, um ihr Land zu verpachten oder den Erlös davon in Empfang zu nehmen.

Nach dem Stolypinschen Landgesetz wurde endlich das Gemeindeeigentumsrecht auf Grund und Boden aufgehoben. Jeder konnte nun sein Land auf Erb und Eigen von seiner Gemeinde verlangen und mit ihm machen, was er wollte. Dadurch und durch die Weitländerei wurde der Kampf zwischen Großbauern und armen Bauern ums Land immer heftiger und hartnäckiger. Aber am Ende kam es doch immer so, daß die Armen ihr Land für Spottpreise an den Großbauer verkaufen mußten. Auf diese Weise kauften viele Großbauern in den Dörfern bald Hunderte Deßjatinen zusammen, und anderseits bildeten sich große Massen Landloser. Dieser Entwicklungsprozeß wurde durch den imperialistischen Krieg abgeschwächt und durch die Revolution von 1917 ganz und gar eingestellt.

Die Revolution von 1905 drang erst spät in die Kolonien vor und kam bei weitem nicht so stark zum Ausbruch als in den benachbarten russischen Gebieten des Saratower Gouvernements, weil die Deutschen immerhin noch besser mit Land versorgt waren als die russischen Bauern. Die Träger der revolutionären Idee in den Kolonien waren *nicht die Arbeiter und die armen Bauern, sondern die Volkslehrer, die Intelligenz überhaupt*. Da sich die revolutionäre Stimmung in der kurzen Zeit nur ungenügend entwickeln konnte, so unterstützte auch die obere Dorfschicht die Losungen der Freiheit und Gleichheit. Wenn aber diese Schichten Freiheit und Gleichheit verlangten, so witterten die armen und Mittelbauern nichts Gutes dahinter und verhielten sich mißtrauisch, denn gerade die Dorfbourgeoisie hatte ja in den Kolonien alle Vorrechte.

Auch nach der Revolution arbeitete die revolutionäre Intelligenz und die Dorfbourgeoisie zusammen, um den gemeinsamen Gegner, die allgewaltige Geistlichkeit, zu verdrängen. Die „Saratower Deutsche Volkszeitung" wurde von beiden Schichten unterstützt. Der Bruch erfolgte erst viel später, etwa in den Jahreu 1911, 1912, als der Prozeß der Entwicklung des Kapitals auf der einen Seite und des Proletrariats auf der anderen seinen Höhepunkt erreichte.

Die bürgerliche Revolution

Der Ausbruch des Krieges brachte die obengeschilderte Entwicklung, wie erwähnt, ins Stocken. Die Deutschenhetze, die sofort nach Beginn des Krieges einsetzte, schuf eine außerordentliche Haltlosigkeit und Unsicherheit. Die spätere Vertreibung der Deutschen aus Polen und Wolhynien verstärkte die Unsicherheit noch mehr. Die Bevölkerung begann um ihren Besitz und um ihr Leben überhaupt zu zittern. Die Unzufriedenheit und das Mißtrauen der breiten Bevölkerungsschichten wurden noch durch das Verbot der deutschen Sprache gestärkt. In allen Schulen war die deutsche Sprache gänzlich verboten. Die Angst und Befürchtung der Bevölkerung wurden bald zur Wirklichkeit. Das Gesetz über die Vertreibung wurde im Februar 1917 auch auf die Wolgadeutschen ausgedehnt. Unternehmungslustige Kulaken aus den Russendörfern suchten sich schon die besten Häuser als ihr zukünftiges Eigentum aus, und die Regierung hatte schon ihre Bevollmächtigten in die Kolonien geschickt, die das Gesetz durch zwangsweise Aussiedlung der Bauern in Erfüllung bringen sollten.

Die Revolution befreite den deutschen Bauer von dem Alpdruck, der schwer auf ihm lastete. Wie ein böser Traum schien jetzt die ganze Vertreibung, obwohl die zeitweilige Regierung das Gesetz keineswegs aufhoben, sondern seine Erfüllung nur aufgeschoben hatte. Beide Lager der wolgadeutschen Oeffentlichkeit gingen sofort an die Arbeit, um die Massen zu erobern. Die Bourgeoisie mit dem Saratower Großkapitalisten Schmidt an der Spitze spielte sich als Retter des wolgadeutschen Besitzes auf. In einem Aufruf an die Bevölkerung gibt das Zeitweilige Komitee Schmidts den Wortlaut eines Telegramms bekannt, das es in der Angelegenheit der Vertreibung an die zeitweilige Regierung geschickt hatte. Weiter verlangte es aber Unterstützung des Krieges bis zum siegreichen Ende. „Liefert auch nun", heißt es im Aufruf, „der neuen Regierung die Mittel, um das begonnene Werk zu Ende zu führen. Schonet eure Ersparnisse nicht. Spendet Geld, bringet Frucht. Macht so große Aussaaten wie nur möglich. Setzet euer ganzes Vertrauen auf die Konstituierende Versammlung." Das Komitee beschloß sofort die Herausgabe einer Zeitung, an deren Spitze Pastor Schleuning gestellt wurde.

Anderseits rüsteten auch die sozialistischen Gruppen. Sie waren nicht so selbstsicher, um sofort einen Kongreß der Kolonisten

einzuberufen, wie es die Kapitalisten wagten. Immerhin gelang es schon gleich im Frühjahr 1917, eine Zeitung, den „Kolonist", ins Leben zu rufen, die alle sozialistische Richtungen zu vereinigen suchte und daher allerdings recht unbestimmter Richtung war. Zwischen dem „Kolonist" in Katharinenstadt und der „Saratower Deutschen Volkszeitung" entbrannte sofort ein erbitterter Kampf um die Führung. Auf dem Kolonistenkongreß (April 1917) in Saratow hatten die Sozialisten (ausgenommen Ad. Emich) keine einzige Stimme. Sie erlangten jedoch schon im Mai bei den Wahlen in die Kreislandschaftsversammlungen vielerorts die Mehrheit.

Es muß aber gleich gesagt werden, daß zwischen den sozialistischen Vertretern des Landamts und den Herren vom deutschen Zentralbüro, das von dem Kolonistenkongreß gewählt worden war, kein allzugroßer Unterschied herrschte. Wenn in Saratow die Großbourgeoisie an der Spitze standen, so stand z. B. im Katharinenstädter Landamt Sozialisten aus den hiesigen Händlern an der Spitze. Alle vorhandenen sozialistischen Gruppen warteten geduldig auf die Gründerversammlung. Und keine einzige Gruppe stellte sich die Aufgabe, einen Rat der Arbeiter- und Bauerndeputierten zu bilden. Auch in Katharinenstadt, wo Industriearbeiter und marxistisch geschulte Menschewiki vorhanden waren, wurde kein solcher Rat gegründet.

Die erste Welle der bolschewistischen Bewegung

Im Sommer und Herbst des Jahres 1917 kehrten die Soldaten von der kaukasischen Front zurück. Bis zum späten Winter hinein währte der ununterbrochene Zug der Soldaten in die Heimat. Gleichzeitig beobachten wir einen anderen Zug, den der Arbeiter aus den Städten. Die Bourgeoisie fürchtete die Losung der Bolschewiki „Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter" und beantwortete sie und die spätere Machtergreifung des 2. Rätekongresses durch die Stillegung der Betriebe. Die Arbeiter wurden arbeitslos und kamen in ihre Heimat zurück. Viele trieb auch der Hunger, der in den Städten um diese Zeit schon wütete, in die Kolonien, wo noch Brot im Ueberfluß zu erhalten war.

Mit diesen neuen Kräften kam auch ein neuer Luftzug in die Kolonien. Die Soldaten hatten schon einige Erfahrungen, was Freiheit (des großen Sterbens in den türkischen Bergen) heißt.

Die „große" russische Revolution brachte ihnen nur die verstärkte Fortsetzung dieses massenhaften Hinsterbens. Von Rechten freier Bürger oder gar von Gleichberechtigung hatten sie nichts gesehen. Aber die Propaganda der Bolschewiki „Weg mit dem imperialistischen Krieg" hatte sie erreicht und hatte einen gut vorbereiteten Boden unter den deutschen Soldaten gefunden, die alle Nachteile und keinen einzigen Vorzug des Krieges zu fühlen bekommen hatten. Sie warteten nicht auf ihre Demobilisierung, sondern stahlen sich weg, gingen in voller Rüstung von der Front usw.

Diese ihre Erfahrungen hatten sie mißtrauisch gemacht. Sie glaubten weder den Worten der deutschen Bourgeoisie, noch den Vertretern der Sozialisten, die für die Fortsetzung des Krieges eintraten. Charakteristisch ist, daß viele Familien solcher Soldaten während der Wahlen in die Gründerversammlung unter dem Einfluß ihrer Söhne in der Armee für die bolschewistische Liste stimmten, obwohl man noch keinen wirklichen Bolschewik zu Gesicht bekommen hatte: man stimmte gegen die Listen der deutschen Bourgeoisie, obwohl in diesen Listen Pastoren, Paters und sonstige Männer mit großer Autorität, Männer, die jeder kannte, vertreten waren. Mit der Ankunft der Soldaten stieg der Klassenkampf in den Kolonien eine Stufe höher.

Da die von der Front heimkehrenden Bolschewiki meistenteils aus Armen, aus sogenanten „Schäfteläfern" und „Schatterutschern" bestanden, so begann eine noch nie dagewesene Agitation gegen sie. Aber die Begeisterung der neuen Bolschewiki war größer als diese Agitation. Sie konnte ihnen nichts anhaben. Die Bolschewiki hatten sie von dem verhaßten imperialistischen Krieg befreit nnd ihnen wieder zu Land verholfen. Viele hatten ihre Gewehre von der Front mitgebracht und begannen nun die Armen zu organisieren. Pastor Schleuning schreibt selbst von jener Zeit in einem gegen die Bolschewiki gerichteten Büchlein, daß seine Getreuen, wie auf einsamen Inseln verwaist, diesem schrecklichen Chaos mit Grauen zusahen und mit der bangen Frage in die Zukunft schauten: Was soll aus uns werden? Dem Urteil eines solchen Bolschewikifressers kann man schon Glauben schenken.

Wenn aber die Soldaten eine große Begeisterung und einige Erfahrungen über die Betrügereien der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten mitgebracht hatten, so hatten sie gar keine Erfahrungen in Organisationsfragen. Was sollten sie tun?

Vielerorts gab es Anfänge einer Organisation. An anderen Stellen blieb es bei Versuchen, und noch an anderen Orten kam es nicht einmal so weit.

Die besten Erfolge hatte man in Katharinenstadt und in Boaro, wo die gegründeten Organisationen sich bis zur Machtergreifung erhielten und fortbestanden. Aber auch hier, wo z. B. Gen. A. Doß schon im Mai von der Front zurückkehrte und seine Vorarbeit begann, oder wo Gen. J. Schmidt mit den Bolschewiki in Nikolajewsk in Verbindung trat, existierten die Organisationen, ohne formell nach bestimmten Statuten gegründet zu sein. Die Arbeit verlief im Kampf um die Macht. Parteiarbeit und Parteiversammlungen als solche gab es nicht, obwohl sich die Katharinenstädter Gruppe schon im Sommer 1917 großer Autorität unter den Lastträgern und den Walkern erfreute. In der Fabrik Schäfer hatte sie beinahe keinen Anhang. Im oberen Rayon gab es im Kreise Näb im Herbst und im Vorwinter 1917 eine Organisation. Sie hatte sich aus allen Dörfern des Kreises zusammengeschart und versammelte sich täglich, einmal in diesem, dann im andern Dorf. Diese Versammlungen trugen den Charaker von Straßendemonstrationen. Auf Forderung dieser Gruppe wurde im Herbst 1917 eine Kontribution auf Händler und Großbauern des Kreises auferlegt und von ihnen eingetrieben.

Da aber die Bolschewiki gewöhnlich immer die Aermsten waren, so litten ihre Familien große Not. Sie hatten mit dem Unterhalt ihrer Familien zu kämpfen, und das war zu damaliger Zeit nicht leicht, zumal da die Soldaten nach der Einerntung des Getreides zurückgekehrt waren und nun kein Verdienst zu finden war. So gesellte sich zu der Unerfahrenheit in Organisationsfragen noch die Not, um die Reihen der Bolschewiki zu zerstören. Einer nach dem andern begannen die Bolschewiki zu spekulieren und sogar Schnaps zu brauen. In manchen Fällen streckten die Kulaken und Großbauern sogar Mittel vor, um die Mitglieder gegen ihre Führer aufzustacheln und die Organisation desto sicherer zu vernichten. So zerfielen die Organisation nach und nach ganz. Diese Entwicklung ist für den größten Teil des Gebietes charakteristisch. Die revolutionäre Gesinnung, die man von der Front mitgebracht hatte, wurde in einzelnen, manchmal sehr revolutionären, aber sinn- und zwecklosen Handlungen verpufft. Manchmal hielt man sogar die Spekulation und die Schnapsbrennerei als revolutionäre Handlungen, weil sie von der alten Gewalt verboten waren.

So verlief die erste Welle der gewaltigen bolschewistischen Bewegung in den Kolonien, die unter anderen Umständen eine bedeutende Macht hätte schaffen können, im Sande, weil kein Organisationszentrum existierte, das die Bewegung hätte in die Hand nehmen und richtig weiter leiten können. Nur in Katharinenstadt und Boaro existierten und entwickelten sich die Gruppen weiter, bis es im Frühling 1918 zur Ergreifung der Macht kam.

Der Kampf um die Macht

In den Städten konnte die Bourgeoisie den siegreichen Lauf der Revolution nicht aufhalten. Desto hartnäckiger versuchte sie sie aber von den Dörfern fernzuhalten. Die Macht des Schmidtschen Zentralkomitees, sowie auch der „gesetzlich existierenden" Landämter war schon lange gebrochen, und noch immer traten diese im Namen des Volkes auf, noch immer versuchten sie unter der Bevölkerung zu agitieren und die Bolschewiki fernzuhalten. Da die erste bolschewistische Welle bis zu der Zeit, da die bolschewistische Gewalt der Kleinstädte das Gesicht dem Dorfe zuwenden konnte, schon abgeflaut war, so hatte sie in dieser Beziehung einigen Erfolg.

Um die Macht in den Händen der Bourgeoisie zu erhalten, wendeten sich die deutschen Abgeordneten des Nowousensker Landamts, das schon am 3. Dezember 1917 vertrieben worden war, am 26. Januar 1918 an die Abgeordneten der übrigen Bezirke mit einem Aufruf, in dem sie diese zu einer Beratung nach Warenburg einluden. Die Beratung sollte darüber urteilen, „wie wir Hand in Hand mit der gesamten Demokratie der Republik unsere Zukunft gestalten, unsere nationalen Ziele erreichen, unser Leben selbständig einrichten sollen". Und weiter schreckt der Aufruf mit folgenden Worten: „Zerstörerische Kräfte (?) haben in letzter Zeit begonnen, auch in unseren deutschen Dörfern ihr böses Werk zu treiben. Es droht uns der Zusammenbruch, wir stehen vor der Gefahr, unsere teuersten Güter zu verlieren."

Die Warenburger Konferenz tagte am 24. Februar 1918 und beschloß, die Räteregierung anzuerkennen und laut bolschewistischem Programm die Selbstverwaltung der Deutschen zu verlangen. Sie wollten eine bürgerliche Räteregierung wählen. Die Landamtsvertreter wählten einen Zentralrat und arbeiteten auch Verwaltungsregeln aus. Wie sie sich die Rätegewalt in den Kolonien vorstellten, geht aus folgenden Beschlüssen hervor: „1. In den Dörfern

gilt als ausführendes Organ der Gemeinderat, welcher aus drei Dorfältesten (einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern) bestehen muß. Der Gemeinderat muß durch geheime Wahl gewählt werden. Der Bestand der Gemeindeversammlung bleibt der alte." Weiter wurde bestimmt, daß der alte Kreisrat aus ebensoviel Personen bestehen soll wie die Kreislandschaft und daß er die Geschäfte dieser übernehmen soll. Ueberhaupt war man sehr darauf bedacht, daß die Erbfolge nicht gestört werde und daß der neue Rat der alten Landschaft möglichst ähnlich sehe.

Das Leben nahm jedoch seinen eigenen Gang. Nach und nach gelang es den Bezirksräten, auch in den Kolonien festen Fuß zu fassen. In Katharinenstadt hatten die Bolschewiki die aktivsten Elemente der Arbeiter und Armen auf ihrer Seite. Auch hatten sie die Miliz und das Schutz- oder Knüppelkomitee gänzlich zersetzt, so daß es ihnen nicht mehr schwer fallen konnte, die Macht zu erobern. Um aber sicher zu gehen, traten sie mit dem Vertreter des Nikolajewsker Rats, Gen. K. Bauer, in Verbindung. Der Rat sollte die Gruppe mit Waffen versorgen. Ein diesbezügliches Telegramm nahm das Schutzkomitee als Vorwand zur Verhaftung Bauers. Diese Verhaftung des Vertreters der revolutionären Gewalt beschleunigte die Machtergreifung in Katharinenstadt. Aus Nikolajewsk kam eine Abteilung, die zusammen mit der Boaroer und der Katharinenstädter Gruppe anfangs März 1918 die bürgerliche Gewalt stürzte und die Rätegewalt einsetzte. Nachdem sich in Katharinenstadt ein Machtzentrum der Rätegewalt gebildet hatte, faßte sie bald auch in den umliegenden Kolonien festen Fuß.

Gleichzeitig mit den Landamtsleuten befaßte sich auch der Verband der deutschen Sozialisten, der sich im Sommer 1917 aus allen sozialistischen Richtungen zusammengesetzt hatte, mit der Frage der Selbstverwaltung. Der Verband suchte die Räte der Bezirksstädte und möglichst auch die Rätekongresse dieser Bezirke für die Selbstverwaltung der Deutschen zu gewinnen. Leider wurde auch von ihr die werktätige Bevölkerung nicht informiert. Im März 1918 trat z. B. Gen. Klinger in dieser Frage vor dem Nikolajewsker Rätekongreß auf, ohne diese Frage mit den Vertretern der deutschen Räte vorher zu vereinbaren. Diese vermuteten einen der vielen bürgerlich-nationalistischen Versuche und lehnten die Frage ab.

Der Sozialistenverband setzte seine Tätigkeit fort und schickte, nachdem die Sache genügend vorbereitet war, seine Vertreter nach Moskau zu dem Nationalitätenkommissar Gen. Stalin. In Mos-

kau kam man den Bestrebungen des Verbandes bereitwilligst entgegen. Im April wurde ein deutsches Kommissariat ins Leben gerufen, das die Fragen der Selbstverwaltung vorbereiten, einen Rätekongreß der deutschen Kolonien einberufen und die öffentliche Meinung der werktätigen Bevölkerung hinsichtlich der Selbstverwaltung erfahren sollte.

Unterdessen wurde noch von den alten Bezirken in allen deutschen Kolonien eine wirkliche Rätegewalt eingeführt. Die Monate April, Mai und Juni waren eine Zeit des Umsturzes in den Kolonien. Der 1. Rätekongreß, der im Juni 1918 tagte, sprach sich für die Selbstverwaltung der Deutschen aus, und die Vorbereitung der Selbstverwaltung wurde in Angriff genommen.

Die Bourgeoisie und die deutschen Großbauern konnten natürlich nicht mit der Rätemacht zufrieden sein, da sie Kontributionen zahlen mußten und vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Alle örtlichen Ursachen zur Unzufriedenheit (und solcher gab es in der ersten Zeit nicht wenig) wurden aufgebauscht, um die Bevölkerung aufzuhetzen und aufzustacheln. So gelang es in einigen Dörfern im Sommer und Herbst 1918 Aufstände zu provozieren. Nördlich von Katharinenstadt kam die Front der Tschechoslowaken hinzu. Die Aufstände auf der Bergseite (Grimm, Balzer, Norka) und besonders an der Ilowlja zeichneten sich durch unerhörte Grausamkeit aus. Alle Rotarmisten wurden umgebracht. Ueberall gelang es aber, die Ordnung schnell wieder herzustellen. In einigen Dörfern (Schaffhausen, Schöntal) nahmen die Zusammenstöße den Charakter nationaler Kämpfe an. Gleichzeitig hatte von seiten des Saratower Komitees die Agitation für Auswanderung begonnen.

Die Bemühungen der Warenburger Herren blieben gänzlich ohne Erfolg und ohne Rückwirkung auf die Bevölkerung. Niemand wollte sie anerkennen. Und sie wurden vergessen. Die Selbstverwaltung aber erhielt im Oktober 1918 auf dem 2. Rätekongreß in Seelmann durch das Dekret vom 19. Oktober Gestalt und entwickelte sich unter der Leitung der Kommunistischen Partei kräftig weiter.

Organisation kommunistischer Gruppen

Obwohl die Katharinenstädter und die Boaroer kommunistischen Gruppen schon seit dem Sommer und Herbst 1917 existierten, so hatten sie weder Statuten, noch regelrechten Anschluß an andere

Gruppen. Parteiarbeit im heutigen Sinne wurde ebenfalls nicht geleistet. In dieser Hinsicht waren sie allen elementar entstandenen Gruppen gleich. Erst am 25. Mai 1918 fand die 1. Parteiversammlung der Katharinenstädter Gruppe statt. Aber auch sie trug noch den Stempel des Elementaren. Anwesend war, wer sich selbst als Bolschewik zählte. Die Versammlung war einer Frage, der Schaffung einer Fraktion bei dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat gewidmet. Die nächste Versammlung fand erst wieder nach drei Monaten, am 26. August statt. Sie muß als Gründungsversammlung angesehen werden, da jetzt erst ein Parteikomitee gebildet wurde und von nun an regelmäßig Versammlungen abgehalten wurden. Wenn an der ersten Versammlung 41 Genossen teilnahmen, so war die Zahl nun bis auf 15 zusammengeschrumpft. Das von der Versammlung gewählte Komitee und auch die allgemeine Versammlung selbst beschäftigten sich anfangs hauptsächlich mit Fragen der Verteidigung der Sowetmacht, indem sie politische Arbeiter für das von dem Kommissariat gegründete 1. Katharinenstädter Kommunistische Regiment ausschieden und den Kampf gegen die Tschechoslowaken organisierten.

In Saratow begann im Juli eine kommunistische Gruppe bei dem deutschen Kommissariat zu arbeiten. Auch diese Gruppe hatte schon eine große Sowetarbeit hinter sich, bevor sie an die Parteiarbeit schritt. Der ersten Parteiversammlung ging eine Privatberatung voraus, an der auch Genossen aus Katharinenstadt und aus dem Gebiet beteiligt waren. Die Gruppe hatte wohl bis zur ersten Parteikonferenz die Leitung über die örtlichen Gruppen, dem Saratower Stadtkomitee fühlte sie sich aber untergeordnet. Bis zum 16. Oktober wurde jederman als Parteigenosse registriert, der sich meldete. Von dieser Zeit an wurden alle laut Statut der Partei aufgenommen. Für die Parteifreunde wurde von der Gruppe ein besonderes Statut ausgearbeitet, nach dem die Parteifreunde eine besondere Gruppe mit ihren besonderen Versammlungen und ihren Vertretern im Parteikomitee (mit beratender Stimme) darstellten. Die Saratower Gruppe leistete eine bedeutende Arbeit in bezug auf die Durchführung des ersten Jahrestages der Oktoberrevolution und die Popularisierung der Idee der Sowetgewalt überhaupt. In Saratow wurden jeden Sonntag große Meetings veranstaltet. Auch schickte die Gruppe ihre Vertreter häufig in die Kolonien, um Meetings abzuhalten.

In Balzer wurde im September 1918 auf Anregen Reuters nach dem ersten Bezirksrätekongreß eine kommunistische Gruppe ge-

bildet. Der Gruppe trat vor allen andern eine Reihe gewählter Mitglieder des Bezirksvollzugskomitees bei. Später kamen auch mehrere Balzerer Einwohner hinzu. Die Gruppe war nicht groß, aber sie übernahm sofort die Leitung über die übrigen Gruppen des Bezirks.

Die zweite Welle der bolschewistischen Bewegung in den Kolonien kam im Herbst 1918. Sie ging von den Armenkomitees aus. Diese Welle war schon schwächer als die erste, aber sie hatte besseren Erfolg, da die Organisationsmöglichkeiten jetzt schon bedeutend besser waren. In Saratow war eine Gruppe, die sich nicht nur um sich selbst kümmerte, sondern es auch als ihre Pflicht ansah, kommunistische Gruppen in den Bezirken und Dörfern zu organisieren und desgleichen auch die Gruppen in den Bezirkszentren dazu anzuhalten. Am stärksten kam die zweite Welle der bolschewistischen Bewegung im Balzerer Bezirk zum Ausdruck. Schon im September 1918 wurden in verschiedenen Dörfern des Balzerer Bezirks (Frank, Norka, Kolb, Messer usw.) Gruppen gebildet. Sie schieden sich aus den allgemeinen Versammlungen der Armengruppen aus. Den Dörfern des ehemaligen Atkarsker Bezirks leistete das Atkarsker Parteikomitee eine bedeutende Mithilfe in der Organisierung von Gruppen, indem es eine leichtverständliche praktische Anleitung zur Organisierung von Gruppen in die Dörfer sandte, die gleichzeitig auch als zeitweiliges Statut angesehen wurde. In dieser Anleitung waren die Pflichten der Parteimitglieder und der Gruppen richtig geschildert. In der ersten Zeit hielt man jedoch nicht allzu viel auf Parteidisziplin. Beinahe die ganze Franker Gruppe lief auseinander, als sie erfuhr, daß sie aus ihrer Mitte Freiwillige an die Front schicken sollte. Auch mit den Organisationserfahrungen war es noch nicht weit her. Die Norkaer Gruppe bildete sich z. B. schon am 16. Oktober 1918, wartete aber auf formelle Bestätigung und Aufnahme aus Balzer und konnte deshalb bis zum 10. März 1919 nicht arbeiten. Und in der ganzen Zeit fiel es niemand ein, diese Bestätigung durch persönliche Verbindung mit dem Bezirkszentrum zu beschleunigen.

Im Seelmänner Bezirk bildeten sich die ersten Gruppen in derselben Zeit. In Seelmann selbst wurde die kommunistische Gruppe im September 1918 aus 12 Personen gebildet. Der erste Leiter und Organisator der Seelmänner Gruppe war Gen. Wegner, der im Sommer 1918 aktive Arbeit an der Front gegen die Tschechoslowaken geleistet hatte und nun zurückgekehrt war, um sich der

Organisationsarbeit zu widmen. In derselben Zeit wurden noch einige Gruppen im Seelmänner Bezirk gebildet (Aehrenfeld, Warenburg, Sterašburg usw.). Die Gruppen klagten anfangs über schlechtes Entgegenkommen von seiten der Seelmänner Gruppe. Aber diese hatte sich ebenfalls noch keine feste Stellung im Bezirk erobert. Das Bezirksvollzugskomitee maßte sich an, auch über die Parteigruppe den Herrn zu spielen, so daß sich sogar das Gebietsvollzugskomitee einmischen mußte.

Im Januar 1919 beschloß auch der Sozialistenverband, der kommunistischen Partei beizutreten, so daß alle revolutionäre sowetfreundlichen Gruppen von der Partei vereinigt wurden. Die 1. Parteikonferenz, seit der eigentlich erst von einer Gebietsorganisation der Partei gesprochen werden kann, fand am 16. Februar 1919 in Saratow statt. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit Organisationsfragen. Große Bedeutung maß man auch der Agitation und Taktik in den Kolonien bei. Außerdem wurde über die Arbeit in der Roten Armee, unter den Frauen und unter der Jugend verhandelt.

Die junge Organisation hatte in der ersten Zeit viele Widerwärtigkeiten zu überwinden. Die russischen Arbeiter hatten seinerzeit in der Armee unter den deutschen Soldaten ganz richtig gearbeitet, wie es unter einer unterdrückten Nation nötig war, und große Erfolge erzielt. Zu Hause in den Verwaltungszentren, die die Angelegenheiten der Deutschen zu schlichten hatten, konnte man den richtigen Herangang nicht finden. In den leitenden Zentren von Saratow, Nowousensk, Kamyschin, Nikolajewsk usw. wußte man wohl, daß es unter den Deutschen Kulaken, Arme und Mittelbauern gibt, aber diejenigen Genossen, die an Ort und Stelle geschickt wurden, behandelten stets alle Kolonisten als Kulaken. Ruban, Shukow, Sandalow usw. begingen eine Menge taktischer Fehler, die die Parteiarbeit in den Kolonien sehr beeinträchtigten und manchen armen und Mittelbauern von der Partei abgeschreckten. Es ist daher erklärlich, wenn alle deutschen Gruppen, sogar die Katharinenstädter, auf die Entfernung der russischen Rotgardistenabteilungen drangen. In Saratow sah man jedoch die ganze Arbeit der deutschen Kommunisten als Nationalkommunismus an. Ein diesbezüglicher Artikel in der „Krasnaja Gaseta" rief große Aufregung in allen Organisationen hervor und veranlaßte alle deutschen Kommunisten zu heftigem Protest in Saratow und auch in Moskau. Das anfängliche Entgegenkommen leitender Kreise der

Saratower Parteiorganisation den deutschen Parteikreisen gegenüber verwandelte sich immer mehr in sein Gegenteil, besonders nachdem die Kolonien eine selbständige Verwaltung erhalten hatten. Und dieses veränderte Verhalten wurde zur Ursache der Uebersiedlung des Gebietszentrums nach Katharinenstadt, das im Frühjahr 1919 in Marxstadt umbenannt wurde.

Die Parteigruppen beschäftigten sich gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit mit der Verpflegungsfrage und mit der Verteidigung der Arbeiter- und Bauernrevolution. Die Verpflegungsfrage erhielt infolge der traurigen Verpflegungslage in den Städten eine außerordentlich große Bedeutung. Das deutsche Kommissariat hatte schon im Herbst das erste nationale deutsche Regiment gebildet, das von den Organisationen mit politischen Arbeitern versorgt werden mußte. Außerdem hatte das neugewählte Parteikomitee der 1. Konferenz noch eine bedeutende Arbeit zu leisten, um die verschiedenen Organisationen zu einem wirklich einheitlichen Parteiorganismus zusammenzuschweißen.

Verteidigung der Revolution — Brot für die Städte

An der Verteidigung der Revolution nehmen die Parteigruppen seit ihrem Bestehen teil. Gleich in den ersten Versammlungen der organisierten Gruppen wird die Frage über Versorgung der deutschen Truppenteile mit politischen Arbeitern verhandelt. Die besten Genossen wurden für die Arbeit in der Armee ausgeschieden. Am 25. Oktober 1918 erhielt das Gebietsvollzugskomitee die Erlaubnis, das 1. Katharinenstädter Kommunistische Regiment zu bilden. Die Bildung des Regiments wurde als Schlagaufgabe durchgeführt, und schon am 16. Dezember rückte es im Bestande von 2000 Bajonetten an die ukrainische Front aus. Das Regiment hatte schwere Aufgaben an der Front, da es hauptsächlich gegen Offiziersregimenter kämpfen mußte. Aber es wurde seiner Aufgabe gerecht und erhielt im Juli 1919 eine Anerkennung des Gen. Trotzki. Im Sommer 1919 hatte es im Verlaufe von 32 Tagen 30 Kämpfe auszufechten und mußte sich durch weißgardistische Umzingelung durchschlagen. Die Verluste an regulären Kräften machten die Bildung eines Reservebataillons notwendig, das später in ein Reserveregiment umgestaltet wurde. Im Frühjahr 1919 wurde auch das 2. Balzerer Regiment und das 1. Deutsche Kavallerieregiment

gebildet und ausgestattet. Das Kavallerieregiment entfaltete sich bald in eine Kavalleriebrigade, die im Bestande der Reiterarmee Budjonys kämpfte, alle Strapazen dieser Heldenarmee mitmachte und nicht wenig zu deren bewunderungswürdigen Erfolgen beitrug. Und überall waren die von der kommunistischen Partei ausgeschiedenen politischen Arbeiter die Vorgänger und ersten Kameraden der Rotarmisten.

Das Jahr 1919 was eins der härtesten für das Bestehen der Sowetgewalt. Im Frühjahr rückte Koltschak aus Sibirien bis an die Wolga vor, und noch war die Gefahr nicht vorüber, als auch schon Denikin vom Kaukasus bis gegen Kursk und Saratow vorrückte. Und noch ehe Denikin zurückgeschlagen war, rückte Judenitsch gegen Leningrad vor. Die Arbeiter und Bauernrepublik befand sich inmitten eines feurigen Ringes gut ausgerüsteter und vom Ausland besoldeter Feinde. Für die Ausrüstung der weißgardistischen Generalbanden sorgten alle imperialistischen Staaten des Westens.

Als Koltschak der Wolga immer näher kam und das Bestehen der Sowetrepublik bedrohte, führte die Partei eine 50-proz. Mobilisation aller Mitglieder durch. Auch die Gebietsorganisation mobilisierte 50 Proz. ihrer Mitglieder. Zum Ausrücken an die Front kam es jedoch nicht, da sofort nach dem Eintreffen der ersten kommunistischen Kräfte an der Front Koltschaks Macht gebrochen wurde. Denikin brach in das deutsche Wolgagebiet ein. Der Balzerer Bezirk war beinahe völlig von ihm besetzt und Seelmann war ebenfalls evakuiert. Die Kosaken Denikins hausten schrecklich in den Kolonien. Dennoch waren die deutschen Kulaken für sie und stellten Verbindung mit Pastor Schleuning her, der Denikins Armee begleitete und die Aufgabe hatte, sofort nach Einnahme des Gebiets die Macht der Kapitalisten wieder zu organisieren. Diese Verbindungen reichten bis nach Marxstadt, und die Organisation wurde von Al. Bier und einigen anderen geleitet. Sie wurde jedoch entdeckt, und Bier floh ins Ausland. Bald wurde auch Denikin aus dem Gebiet vertrieben. Leider muß ein schlechtes Verhalten eines Teils der Roten Armee in den Dörfern der Bergseite vermerkt werden. Vieh und Gefährt wurde von ihnen ebenso requisiert wie auch von den Weißen. Energische Proteste der Parteiorganisation wurden unmittelbar an Gen. Lenin überreicht und hatten eine Bestrafung der Schuldigen zur Folge.

Zu all diesen Schwierigkeiten des unmittelbaren Kampfes kamen noch die Verpflegungsschwierigkeiten hinzu. Durch den imperialistischen Krieg war die Verpflegungslage in den Städten gänzlich zerrüttet und konnte nicht leicht geregelt werden. Für die Armee und zur Versorgung der Städte waren ungeheure Vorräte an Getreide nötig. Noch im Herbst 1918 versuchte es die Sowetregierung, das nötige Getreide durch unmittelbaren Warenaustausch zu erhalten. Auch im deutschen Gebiet arbeitete eine Austauschbarke. Je heftiger aber der Ansturm der Konterrevolutionäre wurde, desto notwendiger wurde eine strenge Zentralisierung der Verpflegungsarbeit. Der Staat konnte sich nicht mehr mit dem begnügen, was die Bauern freiwillig brachten, um so mehr da kapitalistische Elemente aus der Not der Stadtbevölkerung, hauptsächlich der Arbeiter, große Profite schlugen. Er mußte seinen Verpflegungsplan aufstellen und die nötigen Mengen auf die einzelnen Gebiete und Bauernhöfe verlegen. Für alle Parteiarbeiter war es vollkommen klar, daß das der einzige Ausweg der Partei und des Staates ist und daß eine eiserne Disziplin in der Eintreibung der auferlegten Getreidemengen eingeführt werden muß. Meinungsverschiedenheiten gab es unter den deutschen Kommunisten nur in der Frage der Taktik, d. h. in der Frage, wie man die Aufgaben verlegen und das Getreide eintreiben soll, damit die Sache besser und leichter vonstatten geht. Eine Gruppe mit Gen. König, Reichert und Wegner an der Spitze kritisierte den Verpflegungsapparat und verlangte eine tatkräftigere Arbeit der Partei in dieser Frage. Gen. Reichert machte in seinem Bericht am 17. Dezember 1919 vor der Marxstädter Parteiorganisation darauf aufmerksam, daß sich kapitalistische Elemente in den Verpflegungsapparat eingeschlichen haben, die mehr daran interessiert sind, die Bauern gegen unsere Verpflegungspolitik aufzuhetzen, als die erhaltenen Aufgaben zu erfüllen. Grobheiten in bezug auf die armen und Mittelbauern und nachlässiges Verhalten gegenüber der Schüttung durch die Reichen kommen in einem solchen Apparat vor. Der Verpflegungsapparat soll nur das erfüllen, was die Partei beschließt. Eine andere Gruppe mit Tschagin, Schaufler und Dotz an der Spitze setzten ihre Hoffnung auf die Diktatur des Verpflegungsapparats und sahen in jeglicher Kritik nur eine Herabwürdigung dieses Apparats und eine Hemmung der Verpflegungsarbeit überhaupt. Die Meinungsverschiedenheiten gingen so weit, daß eine Gruppe die andere verhaften ließ. Die Organisation überlebte eine heftige Krise. Eine Reihe Marxstädter Arbeiter und

die Seelmänner Organisation stand für die Verhafteten (König, Reichert, Wegner, Schneider, A. Emich). Sowohl auf der 3. Konferenz, als auch auf dem Rätekongreß konnte keine Einigkeit erzielt werden. Die Verhafteten wurden in das Zentrum gebracht. In Moskau hegte man große Hoffnungen auf die Verpflegungsvorräte und auf die Versprechen der leitenden Genossen des Gebiets. König und Genossen wurden in andere Gebiete versetzt. Dadurch waren natürlich die Streitigkeiten nicht behoben. Sie dauerten auch weiterhin fort und brachten der Organisation ungeheuren Schaden.

Der innere Kampf in der Organisation, das Mißtrauen der Bevölkerung infolge der Roheiten der Verpflegungsarbeiter und die unerfüllten Versprechen an das Zentrum machten auch die Lage der gebliebenen Führergruppe unhaltbar. Zur 5. Konferenz, die sich im Herbst 1920 versammelte, mußte auch diese Gruppe abberufen werden. Da aber das Gebiet keine vorbereiteten Arbeiter mehr hatte, die allseitiges Vertrauen genossen, so wurden vom Zentrum Arbeiter geschickt. Diese kannten weder die Verhältnisse des Gebiets, noch die Sprache der Bevölkerung. Sie sahen ihre einzige Aufgabe darin, die unerfüllten Hoffnungen des Zentrums im Sinne der gegebenen Versprechungen zu regulieren. Es wurde jedoch immer schwerer; Verpflegungstruppen, die sogenannte Tulaer Abteilung, mußten in das Gebiet eingeführt werden. Aber alle Anstrengungen ergaben im Jahre 1920 etwa 1 Million Pud Getreide, wobei die arme Bevölkerung in den Kolonien schon hungerte.

Das Banditenwesen

Am 28. Januar 1921 erreichte Marxstadt die Nachricht über den Einfall der Banden Wakulins in das Gebiet. Es wurde sofort ein Truppenteil aus Rotarmisten und aus Kommunisten gebildet, der die Aufgabe hatte, Wakulin einzuholen und seine Truppen zu vernichten. Treulose Führer führten jedoch den ganzen Truppenteil in die Arme der Banden. Auf Schlitten fuhren sie bis in das feindliche Lager, ohne jegliche Vorsichtsmaßregeln anzuwenden. Nur eine ganz geringe Zahl der in dem Truppenteil anwesenden Kommunisten konnte sich retten. Einige der besten Genossen, darunter der Leiter der Organisationsabteilung des Gebietskomitees, Genosse Heinrich Bartel, der rote Kommandeur Joh. Gleim u. a., fanden hier ihren Tod.

Auf seinem ersten Feldzug in die Steppe verhielt sich Wakulin der Bevölkerung, ja sogar den örtlichen Kommunisten gegenüber korrekt, denn er hoffte, daß mancher zu ihm übergehen werde. Als sich aber diese Hoffnung auf seinem Rückweg aus der Steppe nicht erfüllte, machte er, als er das nächste Mal durch das Gebiet zog, alle Kommunisten nieder, deren er habhaft werden konnte. Den Kampf gegen Wakulin übernahmen Matrosen und Eisenbahner, die seine Macht endlich aufrieben.

Am 27. Februar 1921 wurde die 6. Parteikonferenz des Gebiets einberufen. Man war ganz von der Diskussion über die Rolle der prof. Verbände eingenommen. Ferner wurde ein Vorschlag zur Liquidierung des Gebiets eingebracht, was einen offenen Gegensatz zu den Thesen des Gen. Stalin bildete, die den kleinen Nationen immer größere Selbständigkeit in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten gewährten. Nach den Thesen über die Abrundung des Gebiets sollte die Bergseite in das Saratower Gouvernement eingehen, und die Wiesenseite sollte zusammen mit den Bezirken Pokrowsk, Balakowo, Pugatschew, Nowousensk und Nikolajew ein besonderes Pokrowsker Gouvernement bilden. Den örtlichen Arbeitern gelang es, die Frage der Abrundung des Gebiets gänzlich von der Tagesordnung zu verdrängen. Aber es gelang nicht, der Aussaatkampagne die ihr gebührende Bedeutung zu verschaffen. Die Frage wurde oberflächlich behandelt. Es war aber auch nicht möglich, große Verbesserungen zu bringen, da die Arbeit nicht vorbereitet war.

Die Kulaken und Konterrevolutionäre waren schon lange bemüht, Aufstände in den Dörfern zu organisieren. Hier und da hatte man es schon mit Frauenaufständen versucht, aber öffentlich hatten sie es noch nicht gewagt, ihr Gesicht zu zeigen. Jetzt, da Wakulin ungestört durch das Gebiet zog und die Russendörfer südlich von Seelmann unruhig wurden, da der Aufstand von Kronstadt ausgebrochen war, glaubten sie ihre Zeit gekommen, um so mehr da aus den Nachbargebieten immer häufiger Aufständische in das Gebiet eindrangen.

Am 13. März nahm Pjatakow Seelmann und richtete ein furchtbares Gemetzel unter den dortigen Kommunisten an. Die Seelmänner Organisation wurde beinahe gänzlich ausgeschlachtet. Von da verbreitete sich der Aufstand weiter in die Steppe und über die Mennonitendörfer nach Mariental. Die Marientaler Kulaken stellten Verbindung mit den Aufständischen her und be-

gannen auch in Mariental und Umgegend die Kommunisten und ihre Familien auszuschlachten. Die Kulaken zogen überall die Deserteure der Roten Armee heran, und mit ihrer Hilfe mobilisierte man die übrigen Bauern. Sie ritten von Dorf zu Dorf, schickten Mobilisationsbefehle usw. Die Hinrichtungsmethoden waren überall ein und dieselben. Die Opfer wurden halbtot gemartert und meistenteils mit durchschnittener Kehle unter das Eis gebracht. So floß das Blut der Kommunisten in vielen Dörfern. Hunderte von Kilometer wurden sie nackt und barfuß aus der Steppe nach Seelmann geschleppt, um sie dort unter das Eis zu schaffen.

Die Geistlichen traten vielerorts als geheime Anstifter auf. Fühlte sich ein von ihnen verführter Massenmörder dennoch schuldig, so empfahl man ihm einige Vaterunser als Buße.

Im Balzerer Bezirk hielt die Organisation den Banden heldenhaft stand. Unter der Anführung von Skorochod und Fink verteidigte sie nicht nur die Stadt gegen den andringenden Feind, sondern reinigte auch den Bezirk und die angrenzenden russischen Kreise Achmat und Solotoje von den Banden. Auch die Marxstädter Organisation unternahm endlich einen Feldzug durch den Bezirk und befreite ihn von den Banden. Seelmann wurde erst nach zwei Wochen durch reguläre Truppen von den Banden befreit. Ueberhaupt fielen dem Bandentum über 200 Mann an gefallenen und ermordeten Parteimitgliedern zum Opfer. Diese Niedermetzelung hatte zur Folge, daß alle nicht standhaften Elemente, darunter oft auch verantwortliche Arbeiter, die Partei verließen. Aber viele derjenigen Genossen, die erfuhren, daß die Banden und Kulaken auch diejenigen Parteilosen nicht verschonen, die mit den Kommunisten sympathisieren, kamen in die Partei.

Der Hunger

Durch das Banditentum hatte die Partei über 200 Mann verloren. Es mußte etwas geschehen, um die Organisation wieder aufzurichten. Das ZK setzte eine Untersuchungskommission ein, die sich genau mit der Lage im Gebiet bekannt machen und über die zur Herstellung der Wirtschaft zu treffenden Maßnahmen Bericht erstatten sollte. Die Kommission studierte die Lage in allen Teilen des Gebiets und machte dem Zentralkomitee eine ganze Reihe von Vorschlägen. Unter anderem wurde auch vorgeschlagen,

die zuerst aus dem Gebiet entfernte Gruppe von Arbeitern zurückzuberufen und dem Gebiet 30 000 Pud Getreide als Verpflegungshilfe zu gewähren. Zur Samenhilfe für die Frühjahrsaussaat war es schon zu spät.

Eine ganze Reihe russischer Arbeiter wurde abberufen, und die Genossen König, Wegner, Reichert und andere kamen wieder zu verantwortlicher Arbeit in das Gebiet. Seit dieser Zeit beginnt eine Arbeit, wie sie im Gebiet noch nicht beobachtet wurde. Diese Arbeit zeigt, daß man bei straffer Disziplin, gutem Zusammenhalten und bei dem Bewußtsein der Notwendigkeit der bestimmten Arbeit auch mit geringen Kräften Großes leisten kann. Nach dem Banditenüberfall und dem Aufstand waren nur traurige Ueberreste von einer Organisation übriggeblieben. Es gab eine Zeit, da die Gebietsorganisation nicht mehr als 200 Mitglieder zählte. Diese Ueberreste mußten wieder in eine straffe Organisation gesammelt werden. Diese Sammelarbeit wurde von der 7. Parteikonferenz geleistet, die sich im Juli 1921 versammelte. Man war tatkräftig am Werk, eine neue Organisation, gute Disziplin und Arbeitsbewußtsein zu schaffen. In den Uebriggebliebenen erwachte eine noch niedagewesene Arbeitsbegeisterung. Es war aber auch höchste Zeit, daß die Parteiorganisation von neuem geschaffen wurde, denn das Gebiet stand vor dem völligen Ruin. Die Konferenz stellte die ganze Trostlosigkeit der Lage fest. Zu der Aussaatlosigkeit gesellte sich nun die Mißernte, eine Mißernte, wie sie in den an Mißernten gewöhnten Gebieten noch nicht gesehen wurde. Schon im Juli und August begann das Massensterben. Da galt es besonders den Mut nicht zu verlieren und sich von der Trostlosigkeit der Lage nicht hinreißen zu lassen. Die Konferenz arbeitete den Kampfplan gegen den neuen Feind aus. Es wurde ein Kostenanschlag der dem Gebiet notwendigen Lebensmittel aufgestellt, der auch dem Zentrum unterbreitet wurde. Auch wurden sofort Maßnahmen zur erfolgreichen Durchführung der Herbstsaat, zur Durchwinterung des Viehs usw. ergriffen. Das Gebiet wurde an getreidereiche Gouvernements angeknüpft. Durch kooperativen Austausch handelte man sich Lebensmittel für die verschiedenen Wirtschaftsgegenstände ein. Bei der Mißernte, die Hunderttausende von Quadratkilometern betroffen hatte, und bei dem zerrütteten Bahnwesen konnte die Hilfe nicht so organisiert werden, wie es nötig gewesen wäre. Wir hatten von allen Getreidearten etwa 782.000 Pud geerntet, und 10 mal mehr war nötig. Der planlosen Flucht der

Kopflosen wurde eine organisierte Aussiedlung der Kinder und Erwachsenen entgegengestellt.

Zu der 8. Konferenz der Partei hatte die Organisation und die hungernde Bevölkerung schon mehr Zuversicht und Selbstvertrauen auf ihre eignen Kräfte. Man hungerte mit der Hoffnung, daß dieser Hunger nicht das Ende sein wird, daß man ihn überwinden wird. Und diese Ueberzeugung der Bevölkerung war ein Unterpfand für das Fortleben und die weitere Bewirtschaftung des Gebiets. Der Kampf mit dem Hunger und die Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gebiets waren auch auf dieser Konferenz die Hauptfragen. Freilich konnten keine große Wirtschaftspläne aufgestellt werden, man mußte die Frühjahrsaussaat sichern. Bei der trostlosen Lage gab es doch noch Kulaken, die freilich auch geschwächt, aber im Vergleich mit den armen und Mittelbauern viel stärker waren als vor dem Hunger. Sie machten sich ihre Lage zu nutze und kauften häufig für einige Pud Lebensmittel ganze Wirtschaften. Auch dieser Tatsache mußte der Hilfsplan angepaßt sein. Die Konferenz schlug die richtige Linie ein.

In diesen traurigen Verhältnissen wurde endlich auch die Rayonierung verwirklicht, eine Maßnahme, die schon jahrelang von der Parteiorganisation geplant, aber noch nicht verwirklicht worden war. Zum ersten Mal wurde die Frage im Jahre 1919 von der Seelmänner Organisation erhoben. Von der dritten Gebietskonferenz wurde die Rayonierung als Grundlage unserer weiteren Verwaltungsarbeit angenommen. Aber erst während der Hungerzeit wurde sie durchgeführt. Bei der Rayonierung ließ man sich von dem Grundsatz leiten, daß die Parteiorganisation und die ganze Verwaltung der Bevölkerung nähergebracht werden muß. Skeptiker fürchteten, die kleinbürgerliche Umgebung könne die Partei und die Sowetmacht ungünstig beeinflussen. Die Erfahrung hat diese Befürchtungen nicht bestätigt. Die Rayonierung brachte der Partei eine bedeutend bessere Kenntnis der Bedürfnisse der Bevölkerung und dieser eine bessere Kenntnis der Ziele und Errungenschaften der Partei und der Sowetregierung. Die Rayonierung ermöglichte es auch, daß die Partei schon in jener Zeit der Beförderung der Arbeiter und Bauern an verantwortliche Stellen im Sowetapparat große Aufmerksamkeit schenken konnte. Statt der drei Bezirke wurden nun 12 Rayone eingerichtet.

Außerdem beschäftigte sich diese Konferenz auch mit der Frage der Abrundung des Gebiets, aber nicht in dem Sinne der Ver-

nichtung des Gebiets als autonome Einheit, sondern um eine bessere Verbindung sowohl mit allen Teilen des Gebiets, als auch mit dem Zentrum herzustellen und um das Flickwerk von Landstreifen, das das Gebiet und den Pokrowsker Bezirk zerstückelte, zu vernichten. Die Frage wurde auf der Parteikonferenz grundsätzlich entschieden und später unter praktischer Mithilfe der interessierten Bevölkerung und Verwaltungsorgane und unter starker Gegenwirkung der Saratower Gouvernementsbehörden verwirklicht. Das ganze neue Gebiet wurde in 14 Kantone eingeteilt, die später auf 12 verringert wurden, so daß bei der jetzigen vor sich gehenden allgemeinen Rayonierung die Republik im Inneren schon völlig eingerichtet ist.

Die Organisation machte mit der Errichtung der Sowetparteischule ebenfalls in der Hungerzeit einen bedeutenden theoretischen Fortschritt. Ein Teil der Organisation lernte in dieser Schule, und der andere lehrte. Beide Teile mußten sich angehen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Die gesamte große Arbeit konnte nur bei einer Arbeitsbegeisterung geleistet werden, wie sie von der 7. Parteikonferenz geschaffen worden war. Diese Arbeitsbegeisterung hielt noch lange an. Auch nach der Vereinigung mit der Pokrowsker Organisation zehrte man an dem geschaffenen Energievorrat.

Der Wirtschaftsaufbau

Die Vereinigung zweier Organisationen, die bis daher verschiedene Völkerschaften bedient hatten, ließ Schwierigkeiten erwarten. Deshalb sollte die Zusammenarbeit der beiden Organisationen erst in der Arbeit vorbereitet werden. Nach den Statuten hätte gerade zur Zeit der Vereinigung eine Parteikonferenz einberufen werden müssen. Wegen der Vereinigung wurde sie jedoch auf einige Monate vertagt, während in die Gebietsorgane der Partei und der Verwaltung Vertreter der Pokrowsker Organisation eingeführt wurden.

Die Schwierigkeiten kamen von einer Seite, von der man sie nicht erwartet hatte. Nicht die Bevölkerung oder die Parteiorganisationen bereiteten diese Schwierigkeiten, sondern die Führer selbst. Es bildeten sich Gruppen der Pokrowsker und der Marxstädter, die erst während der 9. Gebietsparteikonferenz liquidiert wurden.

Die 9. Konferenz, die im November 1922 tagte, stellte fest, daß alle Aufgaben der 8. Konferenz trotz der ungeheuren Schwierigkeiten erfüllt waren. Die Vereinigung und die Zerrüttung der Wirtschaft nach dem Hunger stellte neue große und schwierige Aufgaben vor die Organisation. Durch die Vereinigung hatte sich der soziale Bestand der Partei verschlechtert. Die Pokrowsker Organisation, die weniger unter der Banditenbewegung gelitten hatte, war mehr eine Bauernorganisation. Die Zahl der Arbeiter hatte sich in der neuen Organisation von 50 auf 35 Proz. vermindert, während die Zahl der Bauern stark angewachsen war. Die politische und kulturelle Entwicklung der Organisation war infolgedessen ebenfalls gesunken. Also stand vor der Organisation die Notwendigkeit, den sozialen Bestand der Organisation zu verbessern und die politische und kulturelle Ausbildung zu heben.

Die wichtigste Arbeit der Konferenz, und nicht nur dieser, sondern auch einer ganzen Reihe späterer Konferenzen, blieb aber die Hebung der durch Banditentum und Hunger zerrütteten Wirtschaft. Ueber die Hälfte aller Wirtschaften stand ohne Arbeitsvieh da, den meisten fehlte das Saatgut, das neu eingeführte Saatgut mußte dem Klima und Boden angepaßt werden usw. Um die Bauern den Krallen des Kulaken und Privathandels zu entreißen, mußte die landwirtschaftliche Kooperation ins Leben gerufen und die Konsumkooperation gestärkt werden. In den Verhältnissen der völligen Zerrüttung der Landwirtschaft verlangten diese Arbeiten übermenschliche Kräfteanstrengung. Immerhin wurde bis zur nächsten Parteikonferenz ein bedeutender Teil der Arbeit geleistet.

Auch für die 10. Parteikonferenz, die am 22. März 1923 stattfand, war die Hebung unserer Wirtschaft Hauptaufgabe. Auf dieser Konferenz wurde zum ersten Mal die Rolle der Traktoren in unserer Wirtschaft einer gründlichen Besprechung unterzogen. Noch so mancher Genosse war damals über die Bedeutung und die Arbeitsmöglichkeiten der Traktoren in unserer Republik im unklaren.

In diese Zeit fällt auch die Organisierung der Wolgadeutschen Bank. Sie erhielt ein Kapital von 200.000 Rubel und sollte eine ausländische Anleihe von 2.000.000 Rubel aufnehmen. Durch die Bank wollte man die vereinzelte Hilfstätigkeit der Wolgadeutschen in Amerika in organisierte Bahnen lenken. Die wolgadeutsche Bevölkerung in Amerika kam diesen Bestrebungen hilfsbereit entgegen,

aber die Führer der Emigration, die schon während des großen
Hungers die Losung ausgegeben hatten: „Dumme helfen, Kluge
warten ab, bis man Geschäfte machen kann“, wollten auch jetzt Ge-
schäfte machen. Mit Hilfe der amerikanischen Geschäftsleute, die
ebenfalls die Not unserer Bevölkerung und die Hilfsbereitschaft
der amerikanischen Wolgadeutschen zu einem einträglichen Profit-
geschäft ausnutzen wollten, vereitelten sie den Plan. Die Wolga-
deutsche Bank mußte energisch Hand anlegen, um die bestmöglichste
Hebung unserer Wirtschaft durch eigene Mittel zu ermöglichen.

Zwischen der 10. und 11. Konferenz wurde der soziale Bestand
der Parteiorganisation bedeutend verbessert, indem während der
großen proletarischen Bewegung, die auf den Tod Lenins folgte,
Hunderte von Arbeitern in die Partei aufgenommen wurden. Auch
die theoretische Schulung der Organisation machte während des
Winters 1923/24 bedeutende Fortschritte.

Zwischen den beiden Konferenzen wurde auch die Umgestal-
tung des Gebiets in eine autonome Republik vorbereitet und durch
den 11. Rätekongreß am 6. Januar 1924 verwirklicht. In der
Deklaration des Kongresses gibt er den Gefühlen der Bevölkerung
in folgenden Worten Ausdruck: „Der Kongreß bestätigt noch ein-
mal dem Proletariat der ganzen Welt, daß nur auf der Grund-
lage der Räte-Konstitution die nationale Frage ohne Vorbehalt,
voll und ganz gelöst werden kann und daß die Konstitution der
Rätemacht von den Werktätigen nicht nur in Worten, sondern
auch in der Tat verwirklicht wird.“

Die 11. Parteikonferenz wurde am 12. Mai 1924 einberufen.
Während des letzten Jahres hatte die Landwirtschaft wieder be-
deutende Fortschritte zu verzeichnen. In den 2 Jahren hatten sich im
landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband 191 Genossenschaften
vereinigt. Der Verband verfügte schon über bedeutende Mittel, um
seine Einwirkung auf die Landwirtschaft geltend zu machen. Auch
die Samenzuchtkooperation hatte große Erfolge in der Verbesse-
rung des Saatguts. Nur war der Verband der Konsumvereine
infolge schlechter Leitung zugrunde gegangen. Er hatte jedoch ein
starkes Netz von Vereinen in den Dörfern zurückgelassen, so daß
es nicht schwer fiel, sofort wieder 2 Verbände zu gründen, die sich
denn auch sehr schnell entwickelten. Ein bedeutender Teil der Be-
völkerung war schon in der Kooperation organisiert. Dadurch wurde
auch die Hungerhilfe, die nach der Mißernte des Jahres 1924 einge-

leitet werden mußte, erleichtert. Der Staat ließ durch die Koope-
ration Mittel zu verschiedenen Notstandsarbeiten ab.

Diese Mittel konzentrierten die arme Bevölkerung noch mehr
um die Kooperation. Die Hungerhilfe der Regierung war auch
ein starker Anstoß für die gewerbetreibende Bevölkerung, sich zu
organisieren. Der Bevölkerung wurde dadurch geholfen, daß Straßen
gepflastert, Dämme geschlagen, Brücken gebaut wurden usw. Die
Transportmittel waren schon bedeutend besser als im Jahre 1921/22,
so daß auch die Zustellung von Verpflegungsmitteln keine solche
Schwierigkeiten bereitete.

Eine große Arbeit war zu dieser Zeit auch auf dem Gebiet
der Kulturarbeit geleistet worden. Für die Schulen wurden voll-
kommen neue und wertvolle Lehrbücher geschaffen, die der Welt-
anschauung des Proletariats entsprechen. Die Zahl der Schulen
und Bildungsanstalten hatte sich wieder vermehrt, und die Bil-
dungsanstalten selbst entsprachen ihrer Bestimmung mehr denn früher.

Die 12. Parteikonferenz tagte am 7. Januar 1925. Die
wichtigste Frage dieser Konferenz war die Arbeit im Dorf. Vor
der Partei stand die Frage, wie die weitere freundschaftliche Zu-
sammenarbeit der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu gestalten
ist. Die armen und die Mittelbauern mußten sich zusammenschließen,
um den Ausbeutergelüsten der Kulaken Widerstand zu leisten.
Hunger und Mißernten hatten beide Schichten geschwächt, so daß
die Verhältnisse die Bestrebungen der Kulaken begünstigten.
Die Partei wandte unter verschiedenen Verhältnissen ver-
schiedene Mittel an, um den Zusammenschluß der armen und
Mittelbauern zu fördern. Während der Oktoberrevolution über-
gab das Proletariat alles Land der Gutsbesitzer den Bauern. Im
Jahre 1921 führte die Partei die neue ökonomische Politik ein, und
in unserer Zeit hat sie eine ganze Reihe von Hebeln, wie Traktoren,
Kredite an arme und Mittelbauern, Ermäßigung der landwirt-
schaftlichen Steuer für sie, Klassenlandeinrichtung usw. Alle diese
Mittel mußten bei einer richtigen Handhabe den Zusammenschluß
der armen und Mittelbauern unter der Führung des Proletariats
fördern und auf eine höhere Entwicklungsstufe bringen. In ihrer
Arbeit während der 10 Jahre hatte die Partei einen nicht zu
unterschätzenden Gehilfen, nämlich den Kommunistischen Jugend-
verband, der sich aus kleinen Zellen in eine Organisation mit Tau-
senden von Mitgliedern entwickelte. Besonders wichtig ist seine

Hilfe im Dorf, wo gegen 2000 Jugendverbändler überall zerstreut sind.

In den letzten drei Jahren können wir ein ununterbrochenes Wachstum unserer Wirtschaft wahrnehmen. In einigen Kantonen konnte sogar die Mißernte von 1924 dem wirtschaftlichen Wachstum keinen Halt gebieten. Zur Zeit der 13. Parteikonferenz gab es 235 Traktoren in der Republik. Seitdem hat sich die Maschinisierung der Landwirtschaft noch mehr verstärkt. Heute gibt es über 600 Traktoren, die in nächster Zukunft auf 1000 gebracht werden sollen. Im letzten Jahr allein wurden über 150 Kollektivwirtschaften aus armen Bauern gebildet. Die finanzielle und organisatorische Stärke der Kooperation wächst von Tag zu Tag. Die Aussaatfläche und der Viehbestand haben sich schon über den Vorkriegszustand erhoben. Um ein klares Bild über das Wachstum und über die Richtung unserer Wirtschaftsentwicklung zu erhalten, bringen wir nachstehende Tabelle:

	1910	1916	1920	1923	1926	1927
Aussaatfläche (in tausend Deßjatin)	955	874	798	521	799	940
Davon Weizen . . .	79,07%	67,99%	61,7%	35,2%	45,74%	52,64%
Roggen . .	12,4%	19,63%	35,2%	37%	32,45%	30.78%
Viehbestand		1.281.000	973.000	419 000	1.112 000	1 276.000
Davon Arbeitsvieh . .		206.000	188 000	61.000	98.500	121 800
Kühe . . .		114.000	126.000	71.000	116 000	123 000
				1926	1927	1928
Traktoren . .				235	595	625
Kollektive . .					311	469
Mitglieder .					6.319	9.558

Die letzten Ziffern bestätigen, daß die Partei in der Wolgadeutschen Republik nicht nur bestrebt war, die alte Wirtschaft zu

heben, sondern sie auch auf völlig neuen Grundlagen umzugestalten. Wenn wir in Rücksicht nehmen, daß beinahe alle Traktoren sich in den Händen landwirtschaftlicher Vereinigungen befinden, in denen die Armen die Hauptrolle spielen, so wird es klar, daß wir den sozialistischen Aufbau in der Landwirtschaft im nächsten Jahrzehnt weit vorwärts bringen. Die Kollektivwirtschaften, die erst im letzten Jahr organisiert wurden, können in ihren Ernteerträgen schon mit den reichen Bauern konkurrieren. Durch ihr wirtschaftliches Wachstum werden sie immer mehr dazu befähigt sein, bedeutende Schichten armer und Mittelbauernwirtschaften heranzuziehen. In diesem Jahr ging der Staat an eine großzügige Arbeit des Getreidekaufs während der Aussaat oder wenigstens noch auf dem Halm. Das ermöglicht ihm, die Planwirtschaft zu erweitern und dadurch immer mehr Einfluß auf die Wirtschaftstätigkeit und sogar auf die Lebensweise der Bevölkerung zu gewinnen.

Gleichzeitig mit der Hebung der Landwirtschaft beobachten wir auch einen starken Aufschwung der Industrie. In den ersten zehn Jahren des Bestehens der Wolgadeutschen Republik wurde schon ein großer Teil der früher bestehenden Hausweberei mechanisiert. Es wurde eine Tabaksfabrik gebaut. Die Fabrik „Wiedergeburt" erhielt eine vollständig neue Einrichtung. Außerdem wurde noch eine ganze Reihe kleinerer Betriebe in Gang gesetzt. Die Entwicklung unserer Industrie wird durch folgende Tabelle illustriert:

	1926	1927 1. Oktober
Grundkapital	4.430.700 Rbl.	4.883.300 Rbl.
	1925/26	1926/27
Gesamtproduktion	9.253.500 Rbl.	11.619.900 Rbl.
Zahl der Arbeiter	1757 / 6257	2258* / 7049
Arbeitsertrag des Arbeiters	454 Rbl.	490 Rbl.

Die Frauenarbeit

Zum Schluß noch einige Worte über die Frauenarbeit. Die Saratower Kommunistengruppe suchte sofort nach ihrer Organisierung nach Formen der Arbeit unter den Frauen. Man wählte

*) Unter dem Strich ist die Zahl der Heimarbeiter angegbeen, die noch für die staatliche Textilindustrie arbeiten.

Kommissionen, die diese Arbeit ins Leben rufen sollten, aber in diesen Kommissionen waren meist Männer vertreten. Auch für die Frauen war die Arbeit unter den Frauen neu, so daß nichts aus der ganzen Sache wurde. Alle diese Kommissionen hatten in Saratow keine Arbeitsbasis. Der Versuch der 1. Parteikonferenz, die eine Kommission aus 6 Personen (meistens Frauen) wählte, führte ebenfalls zu keinem günstigen Ergebnis. In Marxstadt gab es früher bürgerliche Kränzchen, die allerlei Belustigungen, bürgerliche Wohltätigkeit usw. im Auge hatten. In diese Kränzchen bei den Klubs der Reichen wurden jedoch nur reiche Frauen aufgenommen, die hohe Beiträge entrichten konnten. Für die Armen gab es nur eine Versammlung, in der Kirche, wo sie vorschriftsmäßig singen und beten durften, wo sie aber kein eignes Wort verlauten lassen konnten.

Im Winter 1918—1919 organisierte sich ein Frauenverband, der zwar ebenfalls noch Mitgliedsbeiträge verlangte und sogar für bedeutende Spenden Ehrenmitglieder vorsah, der sich aber dennoch von den übrigen bürgerlichen Organisationen stark unterschied. Er sah seine Hauptaufgaben in folgendem: Schutz der Frauen und Kinder, Vertretung der politischen und ökonomischen Rechte der Frauen und Kinder, politische und geistige Hilfe den Mitgliedern des Verbandes, Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder des Verbandes usw. Dieser Verband entsprach der Zeit nicht, da er sich von der allgemeinen proletarischen Bewegung abgesonderte, enge, nur die Frauen angehende Ziele stellte. Deshalb konnte der Verband nicht lange bestehen. Aus dem Verband sonderten sich Kommunistinnen aus, die dann schon an der allgemeinen proletarischen Bewegung teilnahmen. Mit der Ueberführung des Vollzugskomitees nach Marxstadt gruppierten sich viele arme Frauen um die Abteilung für Mutter- und Kinderschutz. Immerhin blieb auch hier die Arbeit auf Marxstadt beschränkt.

Am 7. Februar versammelten sich unter Vorsitz des Gen. Wegner alle Kommunistinnen, die eine Frauensektion bildeten und reguläre Sitzungen abhielten. Auf der 3. Gebietsparteikonferenz wurde eine Frauenabteilung gebildet, bei der die Frauensektion arbeitete. Die Frauenabteilung unternahm es nun, mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften Fühlung mit den Rotarmistenfrauen zu erhalten und ihre Kontrolle auf verschiedene öffentliche Einrichtungen auszudehnen. In den Bezirken konnte sie jedoch keine Arbeit leisten, Deshalb wurde es den örtlichen Parteikomitees

überlassen, Frauenabteilungen und Frauensektionen zu gründen. Zur Aufklärung der Frauen wurde wöchentlich einmal eine Frauenecke in den „Nachrichten" gebracht. Ueberhaupt erschienen im Jahre 1920 von Mai bis September 22 Artikel, die Aufklärung über die Lage der Frau brachten.

Im Sturm der Ereignisse hatte das Büro des Gebietskomitees wenig Zeit für diese Arbeit übrig. Die Frauenabteilung war losgerissen vom Präsidium und konnte deshalb nicht mit gehörigem Nachdruck arbeiten. Auch der Besuch der Gen. Samoilowa im Herbst 1920 konnte an dieser Sache nicht viel ändern. Erst gegen Ende des Jahres 1920 wurde es etwas besser. Es wurde eine Leiterin der Frauenabteilung bestimmt, die schon Erfahrungen in dieser Arbeit hatte. Marxstadt wurde in Quartale eingeteilt, und von jedem Quartal wurden Frauendelegierte gewählt. Diesen Delegierten wurde praktische Arbeit übertragen. In dieser Zeit wurde auch eine Gebietsberatung der parteilosen Frauen vorbereitet und einberufen. Der Gebietsberatung gingen Bezirksberatungen voraus. Diese Beratungen rüttelten die Frauen tief auf. Es war zum erstenmal, daß der Frau in den Kolonien ein solches Entgegenkommen gezeigt wurde. Daher war auch unter den Frauen auf der Beratung eine ganz andere Stimmung als unter den Männern, die sich auf den Rätekongressen versammelten. Die Gebietsberatung versammelte sich am 18. Dezember 1920 und währte einige Tage. Sie verhandelte lebenswichtige Fragen und stellte fest, daß die Verpflegungspolitik der Regierung die einzig richtige ist, da sie die uns schützende Rote Armee und die Arbeiterklasse in den Städten unterhält. Sie forderte die Frauen auf, nicht mehr abseits zu stehen, sondern regen Anteil an der Arbeit der Partei und der Regierung zu nehmen.

Die Begeisterung, die von der Beratung ausgegangen war, hielt jedoch nicht lange an. Die Banditenbewegung zerstreute sie bald. Etwas besser ging die Arbeit in Balzer, da dort Textilarbeiterinnen vorhanden waren und die Banditen nicht hausten. Die 4. Allrussische Beratung der Leiterinnen der Frauenabteilungen im November 1921, an der unsere Arbeiterinnen zum erstenmal teilnahmen, brachte wieder Leben in die Arbeit. Mit neuer Begeisterung ging man an die Arbeit. Die Dorfarbeiterinnen wurden in die Parteischule geschickt, wo sie sich zu ihrer Arbeit vorbereiten konnten. Nachdem die Frauenarbeiterinnen die Parteischule geendigt hatten, schritt die Frauenabteilung an die Arbeit unter den Gewerkschaften und unter den Bäuerinnen.

Nach der Rayonierung und Abrundung des Gebiets nimmt die Entwicklung der Frauenarbeit immer größere Ausdehnung an. Sie dehnte sich auf alle Kantone aus, und das Ergebnis zeigte sich schon bei den nächsten Wahlen in die Räte. Die Frauen wollten nun schon selbst an der Arbeit teilnehmen. Es wurden über 150 Frauen als Mitglieder der Räte gewählt, davon 23 Arbeiterinnen und 115 Bäuerinnen. Die Frauenabteilung scharte ein großes Aktiv um sich.

Auch in den nachfolgenden Jahren gewinnt die Frauenarbeit an Ausdehnung. In den Gewerkschaften gab es schon über 5000 Frauenmitglieder. Es wurden regelmäßige Beratungen der Leiterinnen der Frauenabteilungen abgehalten, durch die die Gebietsfrauenabteilung ihren Einfluß auch auf die Kantonarbeit ausüben konnte. Die Delegiertenversammlungen nahmen immer mehr die Form von ständigen Einrichtungen zur Arbeit unter den Frauen an. Im Jahre 1925 wurden in 9 Kantonen parteilose Frauenkonferenzen abgehalten, an denen 1400 Frauen beteiligt waren. Die 2. Republikanische Beratung hatte noch größeren Einfluß auf die Massen als die erste.

Zu dieser Ausdehnung der Arbeit unter den Frauen trug außer der besseren Vorbereitung der Frauenarbeiterinnen, außer der Schaffung eines großen Aktivs auch die Erweiterung der wirtschaftlichen Basis für die Frauenarbeit viel bei. In Marxstadt wurde die Tabaksfabrik gebaut, in Balzer wurde eine ganze Reihe von Sarpinkaunternehmen mechanisiert, in Pokrowsk wurde eine Baconfabrik eingerichtet. Und in all diesen Unternehmungen sowie auch in der Knochenfabrik gibt es bedeutende Mengen Arbeiterinnen.

Um einen Ueberblik über die Entwicklung der Frauenarbeit in den letzten Jahren zu ermöglichen, geben wir folgende Tabelle:

Frauenarbeiterinnen.	1920	1923	1925	1926	1927	1928
Frauen Parteimitglieder.	20	58	48	143	164	[illegible]10
„ Kandidatinnen.	—	—	96	170	148	[illegible]37
Frauendelegierte . . . . . 1921 .	68	374	1469	2564	3182	3950
Mitglieder der Räte	—	150	366	414	543	
Wahlbeteiligte	Keine Angaben		14296	24709	30076	Noch keine Zahlen
In der Konsumkooperation . . .	„	„	1995	2616	5892	
Gewerkschaftsmitglieder	—	4965	6178	7588	8383	[illegible]679

Schluß

Versucht man nun eine allgemeine Uebersicht über die Gesamtarbeit der Parteiorganisation während der 10 Jahre zu erhalten, so kommt man zu dem Entschluß, daß auf allen Gebieten eine ungeheure Arbeit geleistet wurde. Die kleinen Anfänge und Gruppen aus den Jahren 1917 und 1918 haben sich trotz der ungeheuren Hungersnot, trotz der Banditenbewegung in eine große Organisation mit zielbewußter und zielbestrebter Arbeit verwandelt. Die spärlichen Anfänge der Industrie wurden ausgebaut, mechanisiert, besser eingerichtet und umgestaltet. Die Landwirtschaft, die mit ihren Tausenden und Abertausenden von kleinen rückständigen Bauernwirtschaften das schwierigste Gebiet der kommunistischen Einwirkung darstellt, hat schon ein ganz anderes Gesicht erhalten. Statt des überwiegenden Einzelbesitzes ist schon in den meisten Dörfern die Form der kleinen Landgemeinden eingezogen. Beinahe in allen Dörfern gibt es landwirtschaftliche Genossenschaften. die gegen 50 Proz. aller Bauernwirtschaften umfassen und den Absatz, die Maschinenversorgung, die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte und die Umgestaltung der Bauernwirtschaften auf wissenschaftlicher Grundlage organisieren. Etwa 9 Proz. aller Wirtschaften der Wolgadeutschen Republik sind von der Kollektivbewegung erfaßt. Es wurde eine Menge Traktoren und sonstiger Maschinen eingeführt, die hauptsächlich den kollektiv wirtschaftenden armen und Mittelbauern zugute kamen.

Der Kulturfront wurde während des wirtschaftlichen Ruins, der Folge der Mißernten und der Banditenbewegung, und im Eifer des Aufbaus noch allzu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dennoch wird über ein Drittel der Budgetmittel der Wolgadeutschen Republik zum Unterhalt der Schulen, Bibliotheken und Lesehallen verausgabt. In einigen Jahren werden wir die allgemeine Schulpflicht einführen können. Schon in diesem Jahr werden die ersten Summen für Kleidung und Fußbekleidung der armen Kinder in das Budget eingeschlossen.

Die Gesamtwirtschaft und die Gesamtkulturarbeit wird immer mehr nach einheitlichem Plan geführt, an dessen Aufstellung alle Schichten der Bevölkerung regen Anteil nehmen.

Aber die Aufgaben, die noch vor der Parteiorganisation stehen, sind ungeheuer groß. Die vollständige Umgestaltung der

Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage, die Hebung der Ernteerträge in einem solchen Maße, daß wir auch in dieser Hinsicht an der Spitze aller anderen Länder marschieren werden, die Industrialisierung unserer Landwirtschaft — das alles verlangt nicht nur die Liquidierung des Analphabetentums. nein, es verlangt, daß alle Bürger des Sowetstaates politische, agronomische und technische Ausbildung erhalten. Diese Aufgabe, die sich der proletarische Staat unter Führung der Kommunistischen Partei stellt, verlangt eine angestrengte ausdauernde Arbeit noch auf lange Jahre hinaus.

30. 12299
30. 12300